Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage und Ihr Interesse an der Arbeit des SSW.

Als SSW erkennen wir die Notwendigkeit klarer Regelungen an und setzen uns dafür ein, dass Eingriffe in die Selbstbestimmung psychisch erkrankter Menschen streng geprüft und selten angewandt werden müssen. Zeitgleich sehen wir die Notwendigkeit in Einzelfällen schützende Maßnahmen zu ermöglichen. Dabei liegt unser Fokus auf der bestmöglichen Versorgung Betroffener unter Wahrung ihrer Grundrechte. Wir setzen uns dafür ein, dass Gesetze fortlaufend überprüft und an die Bedürfnisse der Betroffenen angepasst werden.

Eine solche Überprüfung ist für uns vor allem deshalb so wichtig, weil hier auch Regelungen zur "Zwangsbehandlung" von Patientinnen und Patienten getroffen werden. Und allein der Begriff ist nun mal aus gutem Grund für die allermeisten Menschen negativ besetzt. Für sich genommen sind solche Maßnahmen ohne Frage schwerwiegende Eingriffe in die Grundrechte eines Menschen. Aus diesem Grund hat der SSW grundsätzlich Verständnis für die Forderung, jegliche Form der Zwangsbehandlung abzuschaffen.

Leider sieht der Alltag in der Psychiatrie häufig anders aus. Immer wieder gibt es Fälle, in denen Menschen vorübergehend oder sogar dauerhaft nicht mehr in der Lage sind, selbst zu entscheiden, welche Maßnahmen und welche Form der Behandlung für sie gut und richtig ist. Wir vom SSW wünschen uns sehr, dass diese Fälle weniger werden und eines Tages vielleicht gar nicht mehr vorkommen. Klar ist: Wir brauchen gesetzliche Regelungen, die dafür sorgen, dass derartige Maßnahmen mit Augenmaß, überprüfbar und insgesamt möglichst selten angewandt werden - und nur wenn die Anwendungsmöglichkeiten alternativer Maßnahmen ausgeschöpft sind.

Grundsätzlich setzen wir uns als SSW mit Nachdruck für eine umfassende Verbesserung der psychischen Gesundheitsversorgung ein. Wir fordern mehr Psychotherapieplätze, kürzere Wartezeiten und gezielte Präventionsprogramme, auch für Kinder und Jugendliche. Eine nationale Strategie zur Suizidprävention mit klarer Finanzierung ist essenziell. Zudem wollen wir telemedizinische Angebote ausbauen, um schnelle Hilfe zu ermöglichen. Prävention ist entscheidend: Resilienzförderung soll in Bildung, Arbeitswelt und Gesundheitsvorsorge verankert werden. Durch verpflichtende Unterstützungsangebote und bundesweite Krisenbewältigungszentren wollen wir psychische Belastungen frühzeitig abfangen. Unser Ziel: eine bessere Versorgung, mehr Aufklärung und eine Gesellschaft, die psychische Gesundheit ernst nimmt.

Zudem weisen wir auf das Wahlprogramm des SSW auf der Homepage zur Bundestagswahl hin (https://www.ssw.de/bundestagswahl). Insbesondere auf den Seiten 18 und 19 finden Sie unsere Forderungen zu einer besseren Versorgung von Menschen mit psychischer Erkrankung.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Lorenzen SSW-Landesverband